

II-1696 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 889 /J

1976 -12- 16

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HUBINEK, Dr. KARASEK
und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

betreffend unbefriedigende Beantwortung einer schriftlichen
Anfrage

In Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubinek betreffend Transformation des Dokumentes des Europarates über die Rechte und Pflichten der Patienten und Ärzte in die österreichische Rechtsordnung hat die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz erklärt: "Welche weiteren innerstaatlichen Maßnahmen mein Ministerium im Gegenstand künftig zu treffen haben wird, wird letztlich vom Inhalt der endgültigen, vom Ministerkomitee an die Mitgliedstaaten des Europarates gerichteten Empfehlung abhängen."

Der Ausschuß für Sozialfragen und Gesundheit des Europarates hat im Jänner dieses Jahres empfohlen, Mitgliedsregierungen aufzufordern, nationale Untersuchungskommissionen zu berufen, denen Vertreter der medizinischen Berufe, Juristen, Moraltheologen, Psychologen und Soziologen angehören, und diese zu beauftragen, ethische Regeln für die Behandlung von Sterbenden auszuarbeiten und medizinische Orientierungsprinzipien zu bestimmen, was die Verwendung von

künstlichen Maßnahmen zur Verlängerung des Lebens anlangt.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, unabhängig vom Verfahren, das das Ministerkomitee des Europarates eingeleitet hat und unabhängig von dessen Ergebnissen, aus eigener Initiative im Sinne des Abs. 10 II der Empfehlung, eine nationale Untersuchungskommission zu berufen?